

**Musterformular Vereinbarung im Innenverhältnis**

zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem

*Hinweis: Das nachfolgende Formular ist als Hilfestellung für die Erstellung einer Vereinbarung zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem – als Ergänzung zu einer Vollmacht – gedacht. Sie ist wichtig, um die sachgemäße Umsetzung der Vollmacht zu regeln und den Bevollmächtigten in seinem Handeln abzusichern. Diese Vereinbarung dient der internen Regelung und ist nicht für Außenstehende gedacht. Vor dem Ausfüllen wird dringend empfohlen, die zugehörigen Ausführungen im Ratgeber der Verbraucherzentralen „Patientenverfügung“, 23. Auflage 2025 zu beachten.*

**Vereinbarung im Innenverhältnis**

Zwischen

(Vor- und Zuname),

nachfolgend **Vollmachtgeber** genannt,

geboren am  in

wohnhaft in

(Anschrift, Telefon)

und

(Vor- und Zuname),

nachfolgend **Bevollmächtigte/r A** genannt,

geboren am  in

wohnhaft in

(Anschrift, Telefon)

und

(Vor- und Zuname),

nachfolgend **Bevollmächtigte/r B** genannt,

geboren am  in

wohnhaft in

(Anschrift, Telefon)

(ggf. streichen, wenn nur ein Bevollmächtigter)

Diese Vereinbarung regelt die Anwendung der Vollmacht vom  (Datum)

im Innenverhältnis zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem. Die im Außenverhältnis unfänglich gültige Vollmacht darf der Bevollmächtigte nur in dem nachfolgend durch Ankreuzen und Ausfüllen bestimmten Umfang nutzen.



**1. Wirksamkeit**

Der/Die Bevollmächtigte verpflichtet sich gegenüber dem Vollmachtgeber, von der Vollmacht in seinem Interesse und zu seinem Wohlergehen sowie erst dann Gebrauch zu machen, wenn der Vollmachtgeber zeitweise oder dauerhaft seine Angelegenheiten nicht mehr regeln kann.

Der Eintritt der Entscheidungsunfähigkeit und/oder Geschäftsunfähigkeit muss (ärztlich) festgestellt und schriftlich bestätigt werden durch

---



---

(Vor- und Zuname, Anschrift und Telefon der gewünschten Person/(Haus-)Arzt und gegebenenfalls eines Vertreters)

Ist der genannte Arzt nicht erreichbar, kann an seiner Stelle ein anderer Arzt mit der erforderlichen Fachqualifikation dieses tun.

Die Bestätigung der Entscheidungsunfähigkeit und/oder Geschäftsunfähigkeit muss im Abstand von  Monaten wiederholt werden.

Ggf. alternative Regelungen:

---



---



---



---



---



---

**2. Mehrere Bevollmächtigte**

Der/Die Bevollmächtigte A soll allein alle Aufgaben als Bevollmächtigter wahrnehmen. Nur wenn er nicht in der Lage ist, die Rechte des Vollmachtgebers wahrzunehmen oder ausdrücklich Unterstützung wünscht, soll Bevollmächtigter B an seiner Stelle handeln.

Der/Die Bevollmächtigte A soll sich ausschließlich um die Vermögens- und Rechtsangelegenheiten des Vollmachtgebers kümmern. Der Bevollmächtigte B soll den Vollmachtgeber in allen anderen, insbesondere den persönlichen, Angelegenheiten vertreten. Bei Überschneidungen der Aufgaben soll Bevollmächtigter  (A oder B) die Entscheidung treffen. 

- Die Bevollmächtigten sind nicht berechtigt, ihre Vollmachten gegenseitig zu widerrufen.
- Sofern Unstimmigkeiten zwischen den Bevollmächtigten zur Ausübung ihrer Aufgaben bestehen, müssen sie notariellen Rat einholen. Die Bevollmächtigten müssen dem Rat des Notars folgen.
- Sofern Unstimmigkeiten zwischen den Bevollmächtigten zur Ausübung ihrer Aufgaben bestehen, müssen sie beim Betreuungsgericht für diesen Aufgabenbereich die Einrichtung einer Betreuung anregen. Die Auswahl des dafür geeigneten Betreuers obliegt dem Gericht.

---



---



---



---

**3. Gesundheitsangelegenheiten und längerfristige Pflege**

- Bei der Vertretung in medizinischen Angelegenheiten soll der/die Bevollmächtigte die Vorstellungen des Vollmachtgebers berücksichtigen, insbesondere die Regelungen in seiner Patientenverfügung.
- Eine Patientenverfügung wurde vom Vollmachtgeber erstellt. Deren Inhalte sind dem/der Bevollmächtigten bekannt und er kennt den Aufenthaltsort des Originals der Patientenverfügung.
- sonstige Regelungen zur medizinischen Behandlung:

---



---



---



---



---

- Einkommen und Vermögen des Vollmachtgebers sollen für die bestmögliche Pflege seiner Person verwendet werden. Zur finanziellen Sicherstellung der Pflege darf der/die Bevollmächtigte auch Geldanlagen des/der Bevollmächtigten auflösen und/oder Vermögenswerte verkaufen.
- Für den Fall einer Pflegebedürftigkeit des Vollmachtgebers über längere Zeit soll möglichst die folgende Person/Dienstleister die Pflege übernehmen.

---



---



---

Name der Person/des Dienstleisters, Anschrift, Telefon >

sonstige Regelungen für die Pflege zu Hause:

---



---



---

Für die Übernahme der Pflege soll die oben benannte Person/Institution wie folgt entschädigt werden:

monatlicher Geldbetrag in Höhe von:  Euro

freie Kost und Logis (in der Wohnung des Vollmachtgebers während der Zeit der Pflege)

---



---

Falls professionelle Pflege zu Hause notwendig ist, soll möglichst der Pflegedienst

---



---

(Name, Adresse des Pflegedienstes) damit beauftragt werden.

Wenn eine ambulante Versorgung des Vollmachtgebers nicht (mehr) möglich ist, möchte der Vollmachtgeber möglichst in die folgende Pflegeeinrichtung einziehen:

---



---

(Name, Adresse der Einrichtung)

Wenn eine ambulante Versorgung des Vollmachtgebers nicht (mehr) möglich und ein Umzug in eine Pflegeeinrichtung nötig ist, soll diese unter anderem unter folgenden Gesichtspunkten ausgewählt werden:

Nähe zum bisherigen Wohnort des Vollmachtgebers

Nähe zum Wohnort des Bevollmächtigten

günstige Kosten der Einrichtung

konfessionelle Ausrichtung der Einrichtung, der folgenden Religion:

Versorgung in einem Einzelzimmer

hohe fachliche Standards und Pflegequalität

weitere Wünsche an die Pflegeeinrichtung:

---



---



---



#### 4. Wohnungsangelegenheiten und freiheitsbeschränkende Maßnahmen

- Dem Anbringen von Bauchgurten, Bettgittern und anderen Vorrichtungen sowie der Freiheitsbeschränkung durch Medikamente darf der Bevollmächtigte nur zustimmen, wenn alle anderen Maßnahmen nach dem aktuellen wissenschaftlichen Stand der pflegerischen Erkenntnisse ausgeschöpft sind.
- Sofern der Umzug in ein Pflegeheim nötig wird, sollen die Wohnung und der Haushalt des Vollmachtgebers für  Monate beibehalten und die dafür nötigen (Miet-)Zahlungen geleistet werden.
- Nach dem Umzug des Vollmachtgebers in ein Heim darf der/die Bevollmächtigte den Mietvertrag des Vollmachtgebers kündigen, den Haushalt auflösen und das Inventar verwerten.
- weitere Regelungen zu Wohnung, Haushaltsauflösung, Verwertung Inventar und Umzug:

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

#### 5. Finanzen und Geschenke

- Der/die Bevollmächtigte soll aus dem Einkommen und Vermögen des Vollmachtgebers folgende (regelmäßige) Zahlungen an die folgenden Personen zahlen:

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

(Betrag, Häufigkeit, an welche Person)

*Hinweis: besonders Zahlungen an den Bevollmächtigten und seine Familienmitglieder vollständig und detailliert auflisten*



- Der/die Bevollmächtigte soll aus dem Einkommen und Vermögen des Vollmachtgebers folgende (regelmäßige) Geschenke an die folgenden Personen geben:

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

(Wert, Häufigkeit/Anlass, an welche Person)

*Hinweis: besonders Schenkungen an den Bevollmächtigten und seine Familienmitglieder vollständig und detailliert auflisten*

- Der/die Bevollmächtigte soll für seine/ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von  Euro pro Monat/Jahr aus dem Einkommen und Vermögen des Vollmachtgebers erhalten.

**6. Sonstige Wünsche und Anweisungen an den Bevollmächtigten**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---





...

*Hinweis: Hier können Sie alle Wünsche und Anweisungen auflisten, die von dem/der Bevollmächtigten berücksichtigt werden sollen, zum Beispiel Sorge für Kinder, Versorgung von Haustieren und Garten, Umgang mit größeren Vermögenswerten, Regelungen zum Begräbnis und zur Trauerzeremonie.*

**7. Haftung/Haftungsausschluss**

- Der/Die Bevollmächtigte haftet gegenüber dem Vollmachtgeber, seinen Erben sowie gegenüber Behörden nur für vorsätzliche und grob fahrlässige Handlungen sowie für eine grobe Missachtung der in dieser Vereinbarung festgelegten Wünsche.
- Dem/Der Bevollmächtigten muss nachgewiesen werden, dass er/sie entgegen den Wünschen des Vollmachtgebers gehandelt hat (Beweislastumkehr).
- Der/Die Bevollmächtigte wird von der Beweislast der weisungsgemäßen Erfüllung dieser Vereinbarung durch den Vollmachtgeber entbunden.

*Hinweis: auf gleiche Regelungen in der Vollmacht achten.*

Ort, Datum	Unterschrift des Vollmachtgebers

Ort, Datum	Unterschrift des Bevollmächtigten A

Ort, Datum	Unterschrift des Bevollmächtigten B